

Die Entspannungspolitik

Erste Ansätze zur Kooperation

- **Ausgangslage:** Kuba-Krise als Wendepunkt
 - Nicht mehr ein rein ideologisches Verständnis des Ost-West-Konflikts als außenpolitisches Konzept
 - Notwendigkeit der Verhinderung eines atomaren Konflikts} → Respektierung der gegenseitigen Einflusszonen und Standpunkte

- **Maßnahmen:**
 - Rede Präsident Kennedys 1963: „Strategie des Friedens“
 - Heißer Draht 1963: Fernschreibverbindung Moskau – Washington zur Verhinderung von Missverständnissen, die einen Atomkrieg auslösen können
 - Atomteststoppvertrag 1963: Verbot von Atomwaffenversuchen (nicht jedoch: unterirdische) – Frankreich und China treten nicht bei
 - Atomwaffensperrvertrag 1968: Verbot der Verbreitung von Atomwaffen
Bedeutung: Atomwaffenmonopol für USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich, VR China
 - Friedenssicherung
 - Zweitklassigkeit der Nichtatomwaffenstaaten

- **Auflockerungstendenzen innerhalb der Blöcke**

NATO

Frankreich (De Gaulle):

- Keine Anerkennung von Atomteststopp- u. Atomwaffensperrvertrag
- dafür (ab 1964) Aufbau einer eigenen Nuklearmacht („Force de frappe“)
- Austritt aus dem militärischen Teil der NATO (keine französischen Truppen unter NATO-Kommando)
- Anerkennung der VR China gegen den Willen der USA

Warschauer Pakt

Rumänien (Ceausescu):

- keine vollständige Unterwerfung unter das RGW-Wirtschaftssystem
- relative außenpolitische Eigenständigkeit

Tschechoslowakei: „Prager Frühling“ 1968

- Reformvorhaben der KP der CSSR: Pressefreiheit, Demokratisierung, Versammlungsfreiheit, Abbau des Zentralismus, wirtschaftl. Reformen
↓
- Mißtrauen und Druck der Sowjetunion (obwohl kein Austritt aus dem Warschauer Pakt)
- „Manifest der 2000 Worte“ (gegen den Willen der KP) als Wendepunkt für die Sowjetunion
↓
- 21. Aug. 1968 Einmarsch der Sowjetunion (und DDR, Polen, Ungarn, Bulgarien) in die CSSR (Rechtfertigung: „Breschnew-Doktrin“: begrenzte Souveränität sozialistischer Staaten, Pflicht zur Verteidigung des Sozialismus)
↓
- Rücknahme der Reformen; später Säuberungen d. KP

Bedeutung: Sowjetunion duldet nicht nur keinen Austritt aus dem Warschauer Pakt (Ungarn 1956), sondern auch keine innenpolitischen Reformen

Die Strategie der „Flexible Response“

Politik

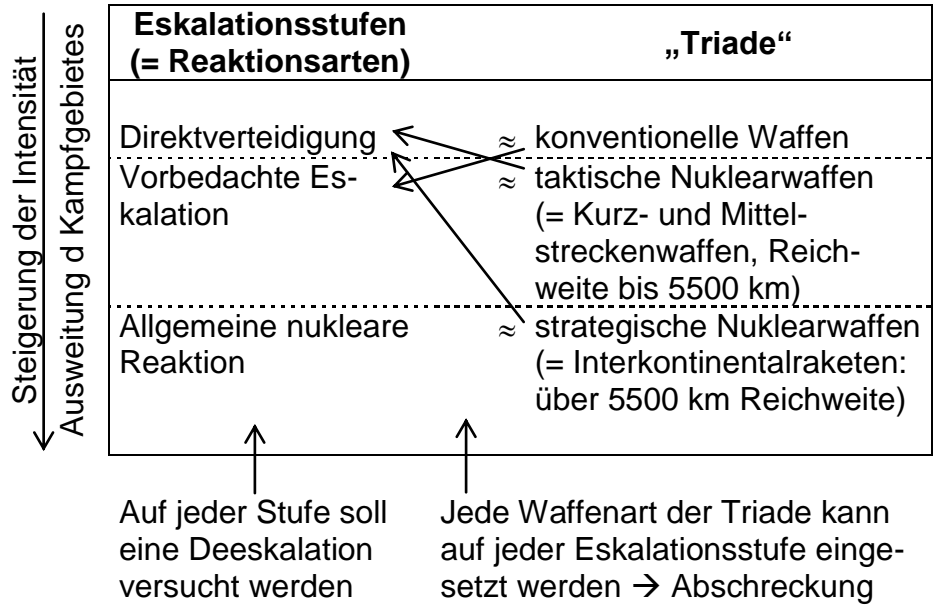
Containment
Roll Back

Beginnende Kooperation
Entspannung

Militärstrategie

Massive Vergeltung (Massive Retaliation): Abschreckung durch Androhung eines atomaren Vergeltungsschlages bei jedem (auch konventionellen) Angriff der UdSSR

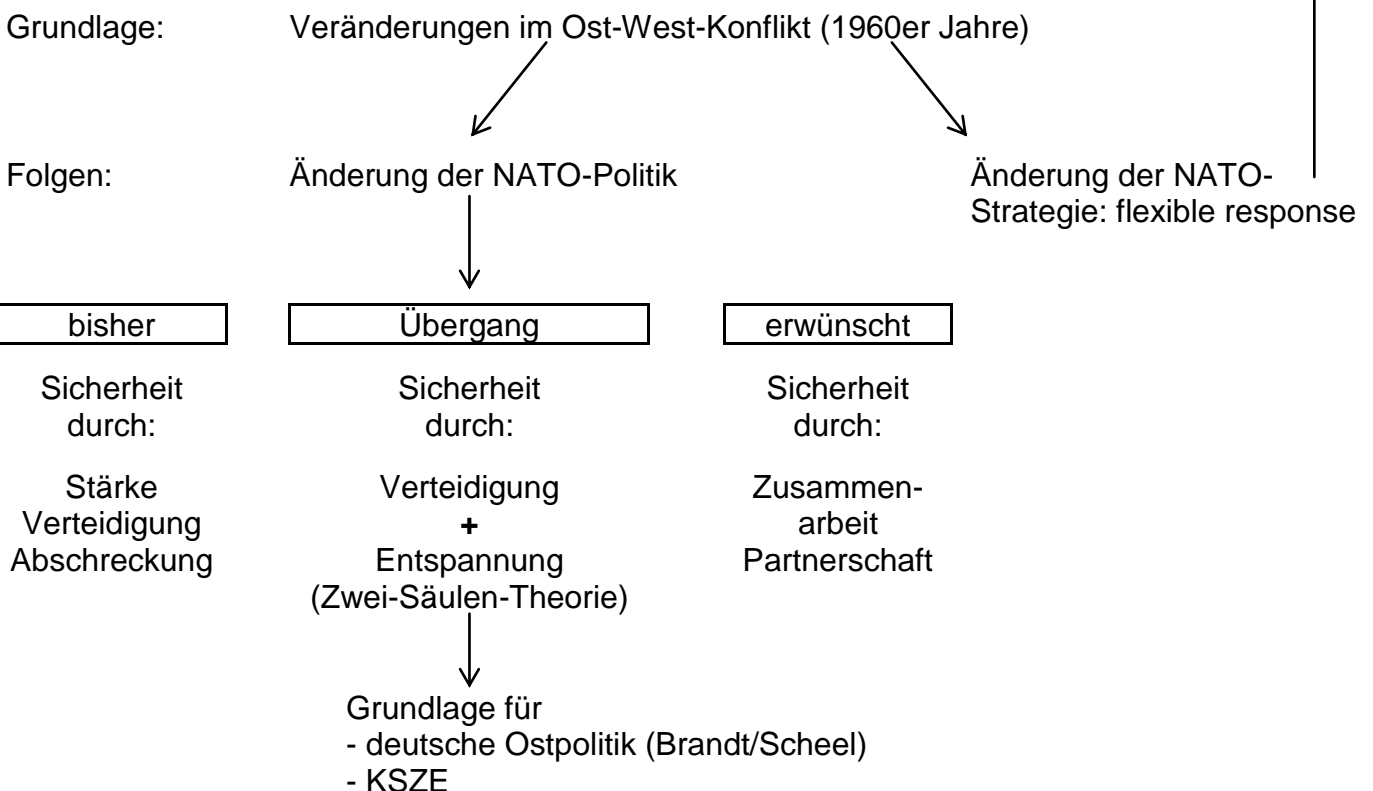
Flexible Reaktion (Flexible Response) 1967:



Ursache der Veränderung der Strategie 1967:

Bei Massiver Vergeltung ist keine Abschreckung mehr gegeben, da durch die Waffenentwicklung auch ein Zweitschlag vernichtend sein kann.

Der Harmel-Bericht (1967) – Die Zwei-Säulen-Theorie



Deutsche Ostpolitik unter Erhard/Schröder (1963 – 1966)

Ausgangslage: Mauerbau als Wendepunkt
- deutsche Teilung dauert lange
- Nutzung der Entspannung USA – UdSSR

- Maßnahmen:
- Eigenständige westdeutsche Ostpolitik (Außenminister Schröder 1961 – 1963) statt EWG als Basis
 - damit Anknüpfung an das französische Vorbild (de Gaulle)
 - Normalisierung der Beziehungen mit osteuropäischen Staaten: Handelsmissionen (1963/64), gedacht als Vorstufen für normale diplomatische Beziehungen
 - jedoch keine Normalisierung mit der DDR („Zweizangentheorie“), um diese zu isolieren
- „Politik der Bewegung“ (Schröder) – gewisses Aufweichen der Hallstein-Doktrin



Die Hallstein-Doktrin (1955)

Definition: keine diplomatischen Beziehungen der BR Deutschland mit Staaten, die mit der DDR diplomatische Beziehungen unterhalten (Aufnahme von dipl. Beziehungen mit der DDR als „unfreundlicher Akt“)

Begründung: demokratisch legitimer Alleinvertretungsanspruch der BR Deutschland für das gesamte deutsche Volk

Zweck: Verhinderung der internationalen Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit

Ausnahme: Sowjetunion (wegen ihrer besonderen Stellung als für ganz Deutschland verantwortliche Siegermacht)

Folge: Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Staaten (z. B. Jugoslawien 1957, Kuba 1963), die die DDR anerkannten

Die Ostpolitik der Großen Koalition (1966 – 1969)

- Wiedervereinigung als Ergebnis der Entspannung (statt – wie bisher – Entspannung durch Wiedervereinigung)
 - gewisse Kontakte mit der DDR, jedoch keine faktische Anerkennung (→ Konflikt zwischen CDU/CSU und SPD → keine Fortsetzung der Großen Koalition 1969)
 - Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien (1967)
Begründung: „Geburtsfehlertheorie“ (keine Entscheidungsfreiheit der sowj. Satellitenstaaten), damit Fortsetzung der Isolierungsstrategie gegenüber der DDR
- faktisches Abrücken von der Hallstein-Doktrin, jedoch noch theoretisches Festhalten an ihr



Mißtrauen und Widerstand der Sowjetunion auf Drängen der DDR

Veränderte Bedeutung der Hallstein-Doktrin im Entspannungszeitalter:
- Selbstisolierung } Hemmnisse für
- Erpressbarkeit } flexible Ostpolitik

Die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel 1969 – 1974

Idee

- „**Wandel durch Annäherung**“ (E. Bahr 1963)
 - Wiedervereinigung als langer Prozess
 - Mauerbau als Zeichen von Angst und Schwäche
 - also kein Sturz des DDR-Regimes, sondern
 - Hinnahme seiner Existenz und Verhandlungen mit ihm (= Annäherung)
 - dadurch Verringerung seiner Angst
 - Ziel: Auflockerung der Grenzen (= Wandel)
 - also: Anerkennung des Status quo → Durchlässigkeit der Grenzen
 - **Brandt: Regierungserklärung 1969**
 - „Über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander“
 - Verhandlungen mit der DDR (= faktische Anerkennung der DDR – Unterschied zur Großen Koalition)
 - jedoch keine völkerrechtliche Anerkennung, sondern Beziehungen „besonderer Art“
- } nur mit der Sowjetunion

Probleme

- Vorbehalt der Vier Mächte: Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes ⇒ keine Anerkennungen durch die BR Deutschland möglich
- Berlin-Junktim: Sicherung West-Berlins ist erforderlich (östliche Gegenleistung für westliche Anerkennung)

Realisierung

1.) Ostverträge

- Moskauer Vertrag 1970
 - Gewaltverzicht
 - Anerkennung der Grenzen (Sowjetunion, Polen, DDR)
 - Brief zur deutschen Einheit (kein Vertrag)
 - Betonung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes
 - Warschauer Vertrag 1970
 - Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze
 - Gewaltverzicht
- } * Gewaltverzicht als Ersatz für rechtliche Anerkennung der Grenzen (wegen des Vier-Mächte-Vorbehaltes)
* faktische Anerkennung der DDR

↓

starker innenpolitischer Widerstand bei der Ratifizierung – beigelegt durch die „**Gemeinsame Resolution**“ (1972)

- Betonung der Vorläufigkeit
- Betonung des Selbstbestimmungsrechts

2.) Berlin-Abkommen 1971 (Vier-Mächte-Vereinbarung)

- Erleichterung des Transitverkehrs (verbindliche Regelung statt bisheriger Willkür)
- Mitverantwortung der Sowjetunion für den Berlin-Verkehr
- zwar Bindungen zwischen West-Berlin und der BR Deutschland
- jedoch ist West-Berlin kein Bestandteil der BR Deutschland
- Außenvertretung West-Berlins durch den Bund

Fortsetzung >>>>>

3.) Verträge mit der DDR

- Treffen Brandt – Stoph in Erfurt und Kassel (1970): ergebnislos
- Grundvertrag (1972)
 - Gewaltverzicht
 - kein Alleinvertretungsanspruch (endgültiger Verzicht auf die Hallstein-Doktrin)
 - Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat
 - humanitäre Erleichterungen
 - Ausbau der Beziehungen
 - Einrichtung von „Ständigen Vertretungen“ (wegen der besonderen Beziehungen keine „Botschaften“)
- Viele Verträge in der Folgezeit regeln Einzelheiten der Zusammenarbeit und Erleichterungen (z. B. Kleiner Grenzverkehr, Autobahnbau, Post- und Telefonverkehr, Grenzprobleme, Fernsehkorrespondenten)
- Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO 1973

keine
völkerrechtliche
Anerkennung
der DDR



DDR-Bürger
gelten nicht als
Ausländer

⊗ **Problematik:** Wandel durch Annäherung oder Vertiefung der Spaltung?

- mehr menschliche Kontakte lassen das Zusammengehörigkeitsgefühl stärker werden
- eine Stabilisierung der DDR durch Anerkennung und wirtschaftliche Hilfe könnte die Teilung verlängern
- Abgrenzung der DDR: verstärkte Betonung einer DDR-Nation (Verfassung von 1974 als Reaktion auf die vertragliche Entwicklung), Leugnung der Existenz einer gemeinsamen deutschen Nation
- unklarer Rechtszustand nach den Ostverträgen (keine juristische, jedoch faktische Anerkennung)

⊗ **Urteil des Bundesverfassungsgerichts:** Klärung der juristischen Situation

- rechtlicher Fortbestand des Deutschen Reiches (vgl. Vier-Mächte-Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“)
- jedoch keine Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches
- sondern Neuorganisation durch Errichtung der BR Deutschland
- BR Deutschland ist als Staat „identisch“ bzw. räumlich „teilidentisch“ mit dem Deutschen Reich
- DDR gehört zu Deutschland, ist demzufolge kein Ausland für die BR Deutschland

keine Aufgabe des Zieles
der Wiedervereinigung,
jedoch ist der Weg zur
Wiedervereinigung durch
die politischen Organe zu
entscheiden



keine Verfassungswidrigkeit
des Grundvertrages

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

a.) Helsinki 1975

- Teilnehmer: 35 (alle europäischen Länder außer Albanien; USA, Kanada)
- Inhalt:

Gewaltverzicht Unverletzlichkeit der Grenzen Achtung der Menschenrechte Selbstbestimmungsrecht der Völker	Zusammenarbeit in - Wirtschaft - Wissenschaft - Technik - Umwelt	humanitäre Zusammen- arbeit (z. B. Fa- milienzusammen- führung, Reisen)
Korb 1	Korb 2	Korb 3

b.) Folgekonferenzen

↓ Prozess	1977/78	Belgrad: keine Fortschritte	
	1980-83	Madrid: Beschluss über die Einrichtung der KVAE	}
	1986-89	Wien: Beschluss über die VKSE	

↓ Institutionen	1990	Charta von Paris: Institutionalisierung - Rat (der Außenminister) - Generalsekretär
	1991/92	Erweiterung auf 52 Staaten (Albanien, GUS, ehemaliges Jugoslawien)
	1995	Umbenennung in OSZE

Rüstungskontrolle und Abrüstung

bilateral (USA-UdSSR)
= atomar

multilateral (NATO-WVO)
= konventionell

1. Phase: 1972 **SALT I**
1979 **SALT II** (von USA nicht ratifiziert) } Höchstgrenzen für strategische Atomwaffen (Forts. als START)

1973-89 **MBFR**-Verhandlungen ohne Erfolg (Fortsetzung als VKSE)

Rückschlag: ab 1975 verstärkte Stationierung von sowjet. Mittelstreckenwaffen (SS 20 mit 4400-5000 km Reichweite)



1979 **NATO-Doppelbeschluss**
- Nachrüstung:
Pershing II (1500 km Reichweite)
Cruise Missiles (2250 km Reichweite)
- Verhandlungsangebot über Abrüstung
[polit. Folge: Friedensbewegung 1980-83]

1984 US-Präsident Reagan: Forderung nach Errichtung eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems (**SDI**)

2. Phase: 1987 **INF-Abkommen:** Abbau von Mittelstreckenraketen (*erstmalig Abrüstung!*)
1991 **START I:** Abrüstung von 1/3 der Atomsprengköpfe bis 1999
1993 **START II:** Abrüstung von 2/3 der Atomsprengköpfe bis 2003

1986 **KVAE:** Vorankündigung und Beobachtung größerer Militärübungen
1991 **KSE-Vertrag** (als Abschluss der VKSE): Waffen- und Truppenreduzierung

Einteilung von Waffen:

Atomwaffen	Konventionelle Waffen
<p>Atomwaffen (Kernwaffen, Nuklearwaffen) = Trägersysteme + Atomsprengköpfe</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>1.) Langstreckenwaffen = strategische Waffen: ab 5500 km Reichweite - Interkontinentalraketen: landgestützt (ICBM) - Raketen auf U-Booten: seegestützt (SLBM) - strategische Bomber</p> <p>2.) Mittelstreckenwaffen = taktische Waffen (INF) - größere Reichweite: 1000 – 5500 km - kürzere Reichweite: 200 – 1000 km jeweils land- oder seegestützt</p> <p>3.) Kurzstreckenwaffen: landgestützt, Reichweite bis 200 km</p>	<p>alle nichtnuklearen Waffen wie Panzer, Artillerie, Kampflugzeuge</p>